

Allgemeine Einkaufsbedingungen

1. Allgemeines, Geltungsbereich

1.1 Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten (nachfolgend: „Verkäufer“), wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

1.2 Die AEB gelten in ihrer jeweiligen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge mit demselben Verkäufer, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten; über Änderungen unserer AEB werden wir den Verkäufer in diesem Fall unverzüglich informieren.

1.3 Diese AEB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers dessen Lieferungen vorbehaltlos annehmen.

1.4 Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Verkäufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.

1.5 Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Verkäufers in Bezug auf den Vertrag (zB Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich, dh in Schrift- oder Textform (zB Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

1.6 Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

2. Vertragsschluss

2.1 Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich.

2.2 Der Verkäufer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen schriftlich zu bestätigen (Annahme). Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch uns. Weicht ein Bestätigungsschreiben des Verkäufers vom Inhalt unserer vorangegangenen Erklärung ab, sind wir daran nur gebunden, wenn wir der Abweichung zustimmen.

2.3 Der Verkäufer wird uns jegliche Änderung in der Art der Zusammensetzung des verarbeiteten Materials oder der konstruktiven Ausführung gegenüber bislang erbrachten gleichartigen Lieferungen unverzüglich schriftlich anzeigen. Zur Durchführung dieser Änderungen bedarf es unserer Einwilligung.

3. Lieferzeit und Lieferverzug

3.1 Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend, wobei es für die Rechtzeitigkeit auf den Eingang bei der von uns angegebenen Empfangsstelle ankommt, bei Lieferungen mit Aufstellung oder Montage auf deren Abnahme. Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

3.2 Der Verkäufer ist zu Teillieferungen/Teilleistungen nur mit unserer Einwilligung berechtigt.

3.3 Bei früher als vereinbart angelieferten Lieferungen sind wir berechtigt, die Annahme abzulehnen oder diese auf Kosten des Verkäufers einzulagern. Die Ablehnung gilt nicht als Rücktritt.

3.4 Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in 3.5 bleiben unberührt.

3.5 Ist der Verkäufer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens iHv1% des Nettopreises pro vollendete Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5% des Nettopreises der verspätet gelieferten Ware. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Verkäufer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

4. Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

4.1 Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist.

4.2 Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Oberndorf am Neckar zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort (Bringschuld).

4.3 Der Lieferung ist ein Lieferschein, ein Warenbegleitschein und Werkstoff- und Prüfcertifikate (nachfolgend: „Unterlagen“) beizufügen. Auf sämtlichen Unterlagen ist die jeweilige Kommissions- bzw. Teilenummer anzugeben. Fehlen die Unterlagen oder sind sie unvollständig, so sind wir berechtigt, die Annahme zu verweigern und haben hieraus resultierende Verzögerungen in der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.

4.4 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend.

4.5 Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (zB Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

5. Preise und Zahlungsbedingungen

5.1 Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.

5.2 Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z. B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein. Verpackungsmaterial hat der Verkäufer auf unser Verlangen zurückzunehmen. Soweit wir keine bestimmte Beförderungsart oder -mittel vorgeschrieben haben, ist bei Preisstellung ab Werk zu den jeweils niedrigsten Kosten zu versenden. Mehrkosten wegen nicht eingehaltener Versand- oder Verpackungsvorschriften trägt der Verkäufer.

5.3 Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Die Vollständigkeit der Lieferungen setzen den Eingang der Prüfprotokolle, Qualitätsdokumente oder andere vereinbarte Unterlagen voraus. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 3% Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Skontoabzug ist auch dann zulässig, wenn wir aufrechnen oder Zahlungen in angemessener Höhe aufgrund von Mängeln zurückbehalten; die Zahlungsfrist beginnt in diesem Fall nach vollständiger Mängelbeseitigung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

5.4 Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Der Verzugszins beträgt jährlich 5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz. Für den Eintritt unseres Verzugs gelten die gesetzlichen Vorschriften, wobei hiervon ggf. abweichend in jedem Fall eine schriftliche Mahnung durch den Verkäufer erforderlich ist.

5.5 Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.

5.6 Der Verkäufer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

6. Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

6.1 An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind

ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.

6.2 Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (zB Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Verkäufer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Verkäufers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

6.3 Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Verkäufer wird für uns vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.

6.4 Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

7. Mangelhafte Lieferung

7.1 Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

7.2 Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Verkäufer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Verkäufer oder vom Hersteller stammt.

7.3 Abweichend von § 442 Abs. 1 S 2 BGB stehen uns Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.

7.4 Für die kaufmännischen Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB), mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer

Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere sowie bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren offen zu Tage treten (zB Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung). Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist.

Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. In allen Fällen gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 10 Arbeitstagen beim Verkäufer eingeht.

7.5 Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nachbesserung vom Verkäufer aufgewendeten Kosten (einschließlich eventueller Ausbau- und Einbaukosten) trägt dieser auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

7.6 Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (zB wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

7.7 Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

8. Lieferantenregress

8.1 Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 478, 479 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

8.2 Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 478 Abs. 3, 439 Abs. 2 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt die Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mängelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet; dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.

8.3 Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die Ware vor ihrer Veräußerung an einen Verbraucher durch uns oder einen unserer Abnehmer, z. B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

9. Produzentenhaftung

9.1 Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

9.2 Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

9.3 Der Verkäufer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens 10 Mio. EUR pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.

10. Verjährung

10.1 Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

10.2 Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

10.3 Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

11. Schutzrechte

11.1 Der Verkäufer steht dafür ein, dass im Zusammenhang mit seiner Lieferung keine Schutzrechte Dritter in Ländern der Europäischen Union, Nordamerika oder anderen Ländern, in denen er die Produkte herstellt oder herstellen lässt, verletzt werden.

11.2 Der Verkäufer ist verpflichtet, uns von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte gegen uns wegen der in 11.1 genannten Verletzung von gewerblichen Schutzrechten erheben, und uns alle notwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit dieser Inanspruchnahme zu erstatten. Dieser Anspruch besteht unabhängig von einem Verschulden des Verkäufers.

12. Ersatzteile

12.1 Der Verkäufer ist verpflichtet, Ersatzteile zu den an uns gelieferten Produkten für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren nach der Lieferung vorzuhalten.

12.2 Beabsichtigt der Verkäufer, die Produktion von Ersatzteilen für die an uns gelieferten Produkte einzustellen, wird er uns dies unverzüglich nach der Entscheidung über die Einstellung mitteilen. Diese Entscheidung muss - vorbehaltlich von 12.1 - mindestens 12 Monate vor der Einstellung der Produktion liegen.

13. Qualitätssicherung

13.1 Der Verkäufer wird eine Qualitätssicherung unterhalten, deren Ergebnisse dokumentieren und uns auf Verlangen zur Einsicht zur Verfügung stellen. Auf Verlangen wird der Verkäufer mit uns eine Qualitätssicherungsvereinbarung abschließen.

13.2 Die Prüfprotokolle der Endkontrolle für die Lieferungen wird der Verkäufer für einen Zeitraum von zehn Jahren aufbewahren und uns auf Verlangen zur Einsicht zur Verfügung stellen.

14. Nachweise

14.1 Der Verkäufer wird uns alle Nachweise zur Verfügung stellen, die wir zur Erlangung von Zoll- oder anderen Vergünstigungen und zur Zollabfertigung benötigen.

14.2 Der Verkäufer teilt uns schriftlich unaufgefordert mit, welche Bauteile, Baugruppen, Geräte, Einrichtungen usw. Ausfuhr- bzw. Wiederausfuhrbeschränkungen nach den außenwirtschaftlichen Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland oder ggf. den US-Export-Regulations unterliegen.

15. Rechtswahl und Gerichtsstand

15.1 Für diese AEB und alle Rechtsbeziehungen zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.

Voraussetzungen und Wirkungen des Eigentumsvorbehalts unterliegen dem Recht am jeweiligen Lagerort der Sache, soweit danach die getroffene Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts unzulässig oder unwirksam ist.

15.2 Ist der Verkäufer Kaufmann iSd Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Oberndorf am Neckar. Wir sind jedoch auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung zu erheben.

General Conditions of Purchase

All terms and conditions are written in German and English. In the event of discrepancies, the German version has priority.

1. General / Scope

1.1 The present General Terms and Conditions of Purchase (AEB) apply to all business relationships with our business partners and suppliers (hereinafter: "Seller") if the seller is an entrepreneur (§ 14 BGB), a legal entity under public law or a special fund under public law.

1.2 The AEB as a framework agreement also apply to future contracts with the same seller, without us having to refer to them again in each individual case; In this case, we will immediately inform the seller of changes to our AEB.

1.3 These AEB apply exclusively. Deviating, conflicting or supplementary general terms and conditions of the seller only become part of the contract if and to the extent that we have expressly agreed to their validity in writing. This approval requirement applies in any case, for example even if we accept the seller's deliveries without reservation, knowing the general terms and conditions of the seller.

1.4 In individual cases, individual agreements made with the seller (including side agreements, additions and changes) always take precedence over these GTC. Subject to evidence to the contrary, a written contract or our written confirmation is decisive for the content of such agreements.

1.5 Legally relevant declarations and notifications by the seller in relation to the contract (e.g. setting a deadline, reminder, withdrawal) must be made in writing, ie in writing or text form (e.g. letter, email, fax). Statutory formal requirements and further evidence, in particular in the event of doubts about the legitimacy of the declarant, remain unaffected.

1.6 References to the validity of legal regulations are only of clarification. Therefore, even without such a clarification, the statutory provisions apply, unless they are directly modified or expressly excluded in these AEB

2. Conclusion of contract

2.1 Our order is binding at the earliest with written submission or confirmation.

2.2 The seller is obliged to confirm our order in writing within a period of 10 calendar days (acceptance). A late acceptance is considered a new offer and requires our acceptance. If a confirmation letter from the seller deviates from the content of our previous declaration, we are only bound by it if we agree to the deviation.

2.3 The seller will immediately notify us in writing of any change in the type of composition of the processed material or the constructive design compared to previous deliveries of the same type. Our consent is required to implement these changes.

3. Delivery time and delay in delivery

3.1 The delivery time specified by us in the order is binding, whereby the timeliness depends on receipt at the receiving point specified by us, for deliveries with installation or assembly upon their acceptance. The seller is obliged to inform us immediately in writing if he is unlikely to be able to meet the agreed delivery times - for whatever reason.

3.2 The seller is only entitled to partial deliveries / partial services with our consent..

3.3 For deliveries delivered earlier than agreed, we are entitled to refuse acceptance or to store them at the seller's expense. The rejection does not count as a withdrawal.

3.4 If the seller does not perform or does not perform within the agreed delivery time or is in default, our rights - in particular the right to withdraw and compensation - are determined in accordance with the statutory provisions. The regulations in 3.5 remain unaffected.

3.5 If the seller is in default, we can - in addition to further legal claims - demand flat-rate compensation for our default damage in the amount of 1% of the net price per completed calendar week, but in total not more than 5% of the net price of the goods delivered late. We reserve the right to prove that we have suffered greater damage. The seller reserves the right to prove that we have incurred no damage or only significantly less damage.

4. Service, delivery, transfer of risk, delay in acceptance

4.1 Without our prior written consent, the seller is not entitled to have the service owed by him performed by third parties (e.g. subcontractors). The seller bears the procurement risk for his services, unless otherwise agreed in individual cases.

4.2 The delivery is made within Germany "free buyer's address" to the location specified in the order. If the destination is not specified and nothing else has been agreed, delivery must be made to our headquarters in Oberndorf am Neckar. The respective destination is also the place of performance (obligation to bring).

4.3 The delivery must be accompanied by a delivery note, a delivery note and material and test certificates (hereinafter: "Documents"). The relevant commission or part number must be stated on all documents. If the documents are missing or incomplete, we are entitled to refuse acceptance and are not responsible for the resulting delays in processing and payment. Separate from the delivery note, we must be sent a corresponding shipping notification with the same content.

4.4 The risk of accidental loss and accidental deterioration of the thing passes to us upon delivery at the place of performance. If acceptance has been agreed, this is decisive for the transfer of risk.

4.5 The statutory provisions apply to the occurrence of our default in acceptance. However, the seller must also expressly offer us his performance if a specific or determinable calendar time has been agreed for an action or participation on our part (eg provision of material). If we are in default of acceptance, the seller can demand reimbursement of his additional expenses in accordance with the statutory provisions (§ 304 BGB). If the contract concerns an unacceptable item to be produced by the seller (one-off production), the seller is only entitled to further rights if we are obliged to cooperate and are responsible for the failure to cooperate.

5. Prices and terms of payment

5.1 The price specified in the order is binding. All prices are inclusive of statutory sales tax, if this is not shown separately.

5.2 Unless otherwise agreed in individual cases, the price includes all services and ancillary services of the seller (e.g. assembly, installation) as well as all ancillary costs (e.g. proper packaging, transport costs including any transport and liability insurance). The seller has to take back packaging material at our request. Insofar as we have not specified a specific mode or means of transport, the price must be shipped ex works at the lowest cost. The seller bears additional costs due to failure to comply with shipping or packaging regulations.

5.3 The agreed price is due for payment within 30 calendar days of complete delivery and performance (including any agreed acceptance) and receipt of a proper invoice. The completeness of the deliveries presupposes the receipt of the test reports, quality documents or other agreed documents. If we make payment within 14 calendar days, the seller grants us a 3% discount on the net amount of the invoice. Discount deduction is also permissible if we offset or withhold payments in an appropriate amount due to defects; in this case the payment period begins after the defect has been completely remedied. In the case of bank transfers, payment is made in good time if our transfer order is received by our bank before the payment deadline; we are not responsible for delays caused by the banks involved in the payment process.

5.4 We do not owe any interest on the due date. The default interest is 5 percentage points above the base rate annually. The statutory provisions apply to the occurrence of our default, whereby a deviation from this may require a written warning from the seller.

5.5 We are entitled to set-off and retention rights as well as the objection of the non-fulfilled contract to the legal extent. In particular, we are entitled to withhold due payments as long as we are still entitled to claims against the seller from incomplete or defective services.

5.6 The seller has a right of set-off or retention only due to legally established or undisputed counterclaims.

6. Confidentiality and retention of title

6.1 We reserve property rights and copyrights to illustrations, plans, drawings, calculations, execution instructions, product descriptions and other documents. Such documents are

to be used exclusively for the contractual service and to be returned to us after completion of the contract. The documents must be kept secret from third parties, even after the contract has ended. The obligation to maintain confidentiality expires only when and insofar as the knowledge contained in the documents provided has become generally known.

6.2 The above provision applies accordingly to substances and materials (e.g. software, finished and semi-finished products) as well as for tools, templates, samples and other objects that we provide to the seller for manufacture. As long as they are not processed, such items are to be kept separately at the expense of the seller and insured to an appropriate extent against destruction and loss.

6.3 Processing, mixing or combining (further processing) of items provided by the seller is carried out for us. The same applies to further processing of the delivered goods by us, so that we are the manufacturer and acquire ownership of the product at the latest with the further processing in accordance with the legal regulations.

6.4 The transfer of the goods to us must take place without regard to the payment of the price. However, in individual cases we accept an offer for transfer by the seller due to the purchase price payment, the seller's reservation of title expires at the latest with the purchase price payment for the delivered goods. In the ordinary course of business, we remain authorized to resell the goods before the purchase price has been paid and the resulting claim has been assigned in advance (in the alternative, the simple retention of title extended to resale). In any case, all other forms of retention of title are excluded, in particular extended, forwarded and extended retention of title for further processing.

7. Defective delivery

7.1 The statutory provisions apply to our rights in the event of material and legal defects in the goods (including incorrect and short delivery as well as improper assembly, defective assembly, operating or operating instructions) and in the event of other breaches of duty by the seller, unless otherwise specified below

7.2 According to the statutory provisions, the seller is particularly responsible for ensuring that the goods have the agreed quality when the risk passes to us. In any case, the product descriptions that are the subject of the respective contract - in particular by designation or reference in our order - or are included in the contract in the same way as these AEB are considered to be an agreement on the quality. It makes no difference whether the product description comes from us, from the seller or from the manufacturer.

7.3 In deviation from Section 442 Paragraph 1 Clause 2 of the German Civil Code (BGB), we are entitled to unlimited claims for defects even if the defect was unknown to us when the contract was concluded due to gross negligence.

7.4 The statutory provisions (§§ 377, 381 HGB) apply to the commercial inspection and notification obligation, with the following stipulation: Our inspection obligation is limited to defects that are open to our incoming goods inspection with external inspection, including the delivery documents, as well as to our quality control in the sampling procedure Days occur (e.g. transport damage, wrong and short delivery). If acceptance has been agreed, there is no obligation to examine. In addition, it depends on the extent to which an investigation is feasible, taking into account the circumstances of the individual case, in the ordinary course of business.

Our obligation to give notice of defects discovered later remains unaffected. In all cases, our complaint (notification of defects) is considered to be prompt and timely if it is received by the seller within 10 working days.

7.5 The supplementary performance also includes the removal of the defective goods and the reinstallation, provided that the goods have been installed in another thing or attached to another thing in accordance with their type and purpose; our legal right to reimbursement of corresponding expenses remains unaffected. The costs incurred by the seller for the purpose of testing and reworking (including possible removal and installation costs) are also borne by the seller if it turns out that there was actually no defect. Our liability for damages in the

event of an unjustified request for rectification of defects remains unaffected; to this extent, however, we are only liable if we have recognized or have grossly negligent not recognized that there was no defect.

7.6 Without prejudice to our legal rights and the provisions in paragraph 5, the following applies: If the seller comes to his obligation to remedy the defect - at our option by eliminating the defect (rectification) or by delivering a defect-free item (replacement delivery) - within a reasonable period set by us. If we do not comply, we can remedy the defect ourselves and demand compensation from the seller for the expenses required for this or a corresponding advance payment. If the supplementary performance by the seller has failed or is unreasonable for us (e.g. due to particular urgency, endangering operational safety or impending disproportionate damage), no deadline is required; We will inform the seller of such circumstances immediately, if possible in advance.

7.7 In addition, we are entitled to a reduction in the purchase price or to withdraw from the contract in the event of a material or legal defect in accordance with the statutory provisions. In addition, we are entitled to compensation for damages and expenses according to the statutory provisions.

8. Supplier recourse

8.1 Our statutory recourse claims within a supply chain (supplier recourse in accordance with §§ 478, 479 BGB) we have unlimited rights in addition to the claims for defects. In particular, we are entitled to ask the seller exactly the type of supplementary performance (rectification or replacement delivery) that we owe to our customer in individual cases. This does not restrict our statutory right to choose (Section 439 (1) BGB).

8.2 Before we acknowledge or fulfill a defect claim asserted by our customer (including reimbursement of expenses according to Sections 478 (3), 439 (2) BGB), we will notify the seller and ask for a written statement with a brief statement of the facts. If the statement is not made within a reasonable period of time and no amicable solution can be found, the defect claim actually granted by us is deemed to be owed to our customer; In this case, the seller is responsible for providing evidence to the contrary.

8.3 Our claims from supplier recourse also apply if the goods are sold to us by a consumer or one of our customers, e.g. B. was further processed by installation in another product.

9. Producer liability

9.1 If the seller is responsible for product damage, he must indemnify us against third party claims insofar as the cause is within his sphere of control and organization and he is personally liable in the external relationship..

9.2 *As part of his indemnification obligation, the seller has expenses in accordance with §§ 683, 670 BGB, which result from or in connection with a claim against third parties, including recall campaigns carried out by us. We will inform the seller - as far as possible and reasonable - about the content and scope of recall measures and give him the opportunity to comment. Further legal claims remain unaffected.*

9.3 The seller has to take out and maintain product liability insurance with a lump sum coverage of at least EUR 10 million per personal injury / property damage.

10. Limitation

10.1 The mutual claims of the contracting parties become statute-barred, unless otherwise stipulated below.

10.2 Notwithstanding § 438 Paragraph 1 No. 3 BGB, the general limitation period for claims for defects is 3 years from the transfer of risk. If acceptance has been agreed, the limitation period begins with the acceptance. The 3-year limitation period also applies accordingly to claims arising from defects in title, whereby the statutory limitation period for third party claims in rem (§ 438 Paragraph 1 No. 1 BGB) remains unaffected; In addition, claims from defects of title shall not become statute-barred as long as the third party can still assert the right against us, particularly in the absence of a statute of limitations.

10.3 The limitation periods of sales law including the above extension apply - to the legal extent - for all contractual claims for defects. Insofar as we are entitled to non-contractual claims for damages due to a defect, the regular statutory limitation applies (§§ 195, 199 BGB), unless the application of the limitation periods of the sales law in individual cases leads to a longer limitation period.

11. Property rights

11.1 The seller guarantees that no third party property rights in countries of the European Union, North America or other countries in which he manufactures or has the products manufactured are violated in connection with his delivery.

11.2 The seller is obliged to release us from all claims that third parties may have against us due to the violation of industrial property rights mentioned in 11.1 and to reimburse us for all necessary expenses in connection with this claim. This claim exists regardless of the fault of the seller.

12. Spare parts

12.1 The seller is obliged to keep spare parts for the products delivered to us for a period of at least 10 years after delivery.

12.2 If the seller intends to discontinue the production of spare parts for the products delivered to us, he will notify us of this immediately after the decision to discontinue it. Subject to 12.1, this decision must be made at least 12 months before production is discontinued.

13. Quality assurance

13.1 The seller will maintain a quality assurance system, document the results and make it available to us for inspection on request. The seller will conclude a quality assurance agreement with us on request.

13.2 The seller will keep the test reports of the final inspection for the deliveries for a period of ten years and make them available for inspection on request.

14. Evidence

14.1 The seller will provide us with all the evidence we need to obtain customs or other benefits and to clear customs.

14.2 The seller shall inform us in writing, without request, of which components, assemblies, devices, facilities, etc. are subject to export or re-export restrictions in accordance with the foreign trade regulations of the Federal Republic of Germany or, if applicable, the US export regulations.

15. Choice of law and place of jurisdiction

15.1 The law of the Federal Republic of Germany applies to these AEB and all legal relationships between us and the seller to the exclusion of international uniform law, in particular the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods. Prerequisites and effects of the retention of title are subject to the law at the respective storage location of the item, insofar as the choice of law made in favor of German law is inadmissible or ineffective.

15.2 If the seller is a merchant within the meaning of the German Commercial Code, a legal entity under public law or a special fund under public law, the exclusive - also international - place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship is our place of business in Oberndorf am Neckar. However, we are also entitled to file suit at the place of performance of the delivery obligation.